



## **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**

### **17. Sitzung (öffentlich)**

26. April 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Verordnung zur Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zur Anpassung an das Schulgesetz</b> Vorlagen 14/398 und 14/434  Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt der Vorlage 14/398 mit den Ergänzungen - Vorlage 14/434 - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.	<b>1</b>
<b>2 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2006/2007</b> Vorlage 14/292  Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt der Vorlage 14/292 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.	<b>4</b>

- 3 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung der Abschlussprüfung in der Sekundarstufe I (APO-S I)  
Aufhebung des sogenannten Drittelerlasses** 11
- Vorlage 14/303

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt der Verordnung Vorlage 14/303 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

- 4 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen** 17
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/569

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 14/569 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

- 5 Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)** 19
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1572

An den Bericht von Ministerin Barbara Sommer schließt sich eine kontroverse Aussprache an.